

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Wirtschaftsausschuss**

18. WP - 8. Sitzung

## **Finanzausschuss**

18. WP - 20. Sitzung

am Mittwoch, dem 19. Dezember 2012, 9 Uhr  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses**

Christopher Vogt (FDP) Vorsitzender  
Volker Dornquast (CDU)  
Hartmut Hamerich (CDU)  
Jens-Christian Magnussen (CDU)  
Serpil Midyatli (SPD)  
Olaf Schulze (SPD)  
Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Dr. Patrick Breyer (PIRATEN)  
Flemming Meyer (SSW)

### **Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses**

Thomas Rother (SPD) Vorsitzender  
Tobias Koch (CDU)  
Hans Hinrich Neve (CDU)  
Peter Sönnichsen (CDU)  
Lars Winter (SPD)  
Dr. Heiner Garg (FDP)  
Wolfgang Dudda (PIRATEN) i. V. von Torge Schmidt  
Lars Harms (SSW)

### **Weitere Abgeordnete**

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

### **Fehlende Abgeordnete**

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eka von Kalben (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand zur Zukunft der Provinzial-Versicherung in Schleswig-Holstein</b>	<b>5</b>
Antrag des Abg. Tobias Koch (CDU) <a href="#">Umdruck 18/504</a>	
Antrag des Abg. Jens-Christian Magnussen (CDU) <a href="#">Umdruck 18/505</a>	
<b>2. Verschiedenes</b>	<b>9</b>

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Abg. Vogt, eröffnet die Sitzung um 9:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung zum aktuellen Stand zur Zukunft der Provinzial-Versicherung in Schleswig-Holstein**

Antrag des Abg. Tobias Koch (CDU)

[Umdruck 18/504](#)

Antrag des Abg. Jens-Christian Magnussen (CDU)

[Umdruck 18/505](#)

Einleitend regt Abg. Koch an, die Debatte in zwei Blöcke zu gliedern, einerseits den aktuellen Stand der möglichen Fusion der Provinzial und andererseits die Auswirkungen auf die Sparkassen.

Minister Meyer geht zu Beginn darauf ein, dass der mögliche Verkauf der Provinzial an den Allianz-Konzern sehr viele Gemüter bewegt hätte. Zu den Beteiligungsverhältnissen führt er aus, dass die Provinzial NordWest zum überwiegenden Anteil dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe und dem Sparkassenverband Westfalen-Lippe gehöre. Zu 18 % gehöre sie den Sparkassen in Schleswig-Holstein zu einem kleinen Teil dem ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband.

Es habe - so fährt Minister Meyer fort - ein Übernahmeangebot durch die Allianzgruppe gegeben. Der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein habe sich in seiner Verbandssitzung am Mittwoch vor einer Woche entschlossen, dem Verkauf seiner gesamten Anteile an ein privates Versicherungsunternehmen nicht zuzustimmen. Das entspreche auch den Regelungen, die die Landesregierung mit dem Sparkassen- und Giroverband getroffen habe, nämlich ein weitreichendes Vetorecht der Landesregierung. Für die Landesregierung sei es nicht einfach gewesen, dass sie von den Plänen aus der Presse erfahren habe und gleichzeitig nur unter Schwierigkeiten mit der Spitze des Verbandes in Kontakt habe treten können. Sparkassenverbandspräsident Boll, der einem Treffen mit dem Wirtschaftsminister und dem Ministerpräsidenten zugestimmt habe, habe im Vorfeld der Vertragsaushandlungen eine Verschwiegenheitserklärung unterzeichnen müssen, die strafbewehrt gewesen sei. Das sei die Erklärung dafür gewesen, dass die Kommunikation mit der Landesregierung nicht optimal

war. Dieser Umstand sei bei einem Gespräch am 10. Dezember 2012 thematisiert worden. Auch die Verbandsvertreter seien - bedingt durch die Situation - erst sehr kurzfristig über die Entwicklungen informiert worden.

Man habe sich jetzt darauf verständigt, dass es Verhandlungen mit der Provinzial Rheinland über einen Zusammenschluss mit der Provinzial NordWest geben solle. Die Landesregierung werde diesen Prozess begleiten, weil die Ergebnisse für den Standort und die über 1.000 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein wichtig seien. Diese zu erhalten, werde das Hauptanliegen der Landesregierung in den Verhandlungen mit dem Sparkassen- und Giroverband sein. Dabei solle auch der Landtag intensiv informiert werden.

Unabhängig von einer Fusion - erläutert Minister Meyer weiter - stelle sich die Frage, was die Ursache für ein derart lukratives Übernahmeangebot für die Provinzial sei. Man müsse in dem Zusammenhang auch den Blick auf die Sparkassenstruktur in Schleswig-Holstein richten, weil die Belastungen für die Sparkassen erheblich seien, die sich unter anderem aus dem hohen Abschreibungsbedarf durch die HSH Nordbank und die Landesbank Berlin ergäben. Auch die Forderung nach einer höheren Eigenkapitalausstattung nach Basel III setze die Sparkassen unter Druck. Ziel der Landesregierung sei, eine moderne und zukunftsfähige Sparkassenlandschaft in Schleswig-Holstein zu schaffen. Das Sparkassengesetz müsse dazu auf den Prüfstand gestellt werden, zu allererst sei jedoch der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein gefordert, ein Konzept zur nachhaltigen Konsolidierung vorzulegen. Dies solle auch Strukturvorschläge für eine leistungsfähige Sparkassenlandschaft in Schleswig-Holstein beinhalten. Insgesamt sei das Drei-Säulen-Modell in Deutschland aus Banken, Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken für die Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen wichtig.

Abg. Koch begrüßt die Zusage von Minister Meyer, den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss weiterhin in die Entwicklungen einzubeziehen. Ihn interessiert, mit welcher Zielsetzung die Landesregierung die Verhandlungen begleiten werde, eher passiv oder eher aktiv.

Minister Meyer hebt hervor, dass man eine Konsolidierung der Versicherungsunternehmen in Deutschland beobachten könne. Für die Landesregierung sei oberstes Ziel, die Kompetenz und Leistungsfähigkeit durch die Provinzial NordWest am Standort Kiel zu erhalten. Das sei auch das Ziel, mit dem die Gespräche begleitet würden. Wichtig sei aber, dass die Anteilseigner der beiden Versicherungsunternehmen miteinander ins Gespräch kämen. Man werde sich durch den Sparkassen- und Giroverband über den Fortgang der Verhandlungen informieren

und über Möglichkeiten der Gestaltung, um Kompetenz und Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein zu erhalten.

Auf eine Nachfrage des Abg. Koch zu den Einflussmöglichkeiten des Landes, wenn dessen Anteil unter 10 % sinke, betont Minister Meyer, dass viel vom Verhandlungsgeschick der Beteiligten abhängt. Vonseiten der Landesregierung habe man zudem bereits betont, dass eine Fusion mit der Provinzial Rheinland auch kein Selbstgänger sei. Er werde dies weiter kritisch begleiten.

Minister Meyer erläutert auf eine Frage des Abg. Magnussen, dass es keine Beteiligungen des schleswig-holsteinischen Sparkassen- und Giroverbandes an der Provinzial Rheinland gebe.

Minister Meyer führt auf eine Frage des Abg. Hamerich zur Novellierungsbedürftigkeit des Sparkassengesetzes aus, dass das vordringliche Problem die Kleinteiligkeit beziehungsweise Unterschiedlichkeit der Struktur der Sparkassenlandschaft in Schleswig-Holstein sei. Diese sei modernisierungsbedürftig. Strukturentscheidungen könne man nicht aus dem Weg gehen, sondern sie höchstens in die Zukunft verschieben.

Zur Lösung des Problems bestehe die Möglichkeit, gegebenenfalls mit der Hamburger Sparkasse ins Geschäft zu kommen. Dort gebe es aber beihilferechtliche Bedenken. Zudem würde auch die EU ab einer bestimmten Bilanzsumme aufmerksam werden. Die jetzige Struktur sei auf Dauer nicht überlebensfähig, aber zunächst sei der Verband gefordert, Strukturentscheidungen zu fällen. Von dort erwarte man Konsolidierungsvorschläge.

Abg. Rother interessiert, ob es neben beihilferechtlichen auch wettbewerbsrechtliche Probleme geben könne und worin diese aus Sicht der Landesregierung begründet seien. - Minister Meyer unterstreicht, dass das deutsche Bankensystem in Brüssel nur schwer zu erklären sei. In anderen Ländern, in denen es zum Teil auch Sparkassen gebe, herrschten andere Strukturen vor. Man sei vonseiten der Landes- und der Bundesregierung bemüht, in Brüssel die Vorteile des öffentlich-rechtlichen Modells herauszustellen. Weiche man nun von dem bewährten Modell ab, zum Beispiel durch eine Intervention durch die Hamburger Sparkasse bei der Provinzial, so führe das in Brüssel zu Nachfragen. Aus diesem Grunde sei man bemüht, das bestehende öffentlich-rechtliche, durch den Sparkassen- und Giroverband getragene System nicht zu verändern.

Zur Situation der Sparkassen hebt Minister Breitner einleitend hervor, dass er keine Geschäftsgeheimnisse in der Öffentlichkeit preisgeben dürfe. Auch vonseiten des Innenministeriums werde grundsätzlich begrüßt, dass der Sparkassen- und Giroverband das Angebot der

Allianz abgelehnt habe und nun eine Fusion der Provinzial NordWest mit der Provinzial Rheinland geprüft werde. Das sichere Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein und Gewerbesteuererinnahmen in Kiel. Zudem bleibe auch das Engagement der Provinzial in Schleswig-Holstein erhalten. Es sei auch zu hoffen, dass durch eine Fusion Synergieeffekte entstehen könnten, die sowohl Versicherten als auch Anteilseignern zugutekommen könnten. Es gebe aber zurzeit auch besondere Herausforderungen für die Sparkassen. Drei der 14 Sparkassen hätten in den vergangenen Jahren gestützt werden müssen. Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank drücke auf die Ertragslage aller Kreditinstitute. Wertberichtigungen unter anderem durch die HSH Nordbank belasteten gleichzeitig das Ergebnis. Durch Basel III sei mit höheren Eigenkapitalanforderungen zu rechnen, und das Kreditgeschäft habe sich in den letzten Jahren verschärft, zum Beispiel auch durch Internetangebote. In erster Linie sei es Aufgabe der Sparkassen, genauer der Vorstände und auch Verwaltungsräte, sich diesen Herausforderungen zu stellen. Dabei sei die nachhaltige Unterstützung des Sparkassen- und Giroverbandes notwendig, die auch gewährt werde. Die Sparkassen, die für eine flächendeckende Versorgung von Bankdienstleistungen zuständig seien, müssten die Deckung eines erhöhten Kapitalbedarfs durch Gewinne sicherstellen. Das Sparkassengesetz biete seit 2010 die Möglichkeit der Bildung von Stammkapital und der Beteiligung bestimmter Dritter. In Zeiten großer Unsicherheit sei allerdings zu prüfen, ob diese Option nicht verzichtbar sei. Für erwägenswert halte er zu prüfen, ob dem Sparkassen- und Giroverband eine vorübergehende Möglichkeit der Beteiligung an den Sparkassen eingeräumt werden könne. Eine unmittelbare Notwendigkeit dafür sehe er nicht, man solle jedoch darüber nachdenken, diese Option vorsorglich einzuräumen.

Abg. Koch weist auf den von der CDU-Fraktion eingereichten Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung des Sparkassengesetzes hin. Darin solle auch dem Sparkassen- und Giroverband eine Beteiligungsmöglichkeit, unter anderem für zukünftige Stützungsfälle, eingeräumt werden. Das Sparkassengesetz in seiner jetzigen Form sei durchaus ein Schlüssel zur Lösung der Probleme der Sparkassen. Er stellt die Frage, ob der Minister darüber hinaus Möglichkeiten für die Landesregierung sehe, die Sparkassen zu stützen.

Minister Breitner hebt hervor, dass man sich in ständiger Diskussion mit dem Sparkassen- und Giroverband befinde. Eine unmittelbare Lösung sehe er nicht, sei aber bereit, die genannte Option in Erwägung zu ziehen.

Auf eine Frage des Abg. Koch im Hinblick auf eine neue Bewertung der Provinzialbeteiligung der Landesregierung und eventuellen Korrekturbedarf vor dem Hintergrund der genannten Abschreibungen durch die HSH Nordbank und die Landesbank Berlin führt Minister Breitner aus, dass er darüber keine Kenntnis habe.



Zum Tagesordnungspunkt **Verschiedenes** liegt nichts vor.

Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Abg. Vogt, schließt die Sitzung um 10:30 Uhr.

gez. Christopher Vogt

Vorsitzender

gez. Thomas Wagner

Geschäfts- und Protokollführer